

Tagungsbericht Geschichtsmesse „Was heißt hier Demokratie? Deutschland und Europa 30 Jahre nach dem Mauerfall“, 12. Geschichtsmesse vom 24. bis 26. Januar 2019 in Suhl

Rebekka Eberhardt

Vom 24. bis 26. Januar 2019 lud die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bereits zum 12. Mal zur Geschichtsmesse nach Suhl ein. Die Fachtagung bot auch in diesem Jahr rund 280 Vertreterinnen und Vertretern aus politischer Bildung, Wissenschaft, Schulen, Politik und Aufarbeitungsinstitutionen an drei Veranstaltungstagen ein vielfältiges Programm mit Podiumsdiskussionen und Vorträgen, einer Filmvorführung und Lesung sowie Projektpräsentationen zu aktuellen Ausstellungen, Schulprojekten, Dokumentarfilmen, Publikationen und Veranstaltungsvorhaben.

Unter dem Titel „Was heißt hier Demokratie? Deutschland und Europa 30 Jahre nach dem Mauerfall“ diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung, welche Entwicklungen die Demokratie in Deutschland und Europa in den vergangenen drei Jahrzehnten geprägt haben und welches aktuelle Demokratieverständnis in der Gesellschaft vorherrscht. 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution ging es zudem darum, ob noch Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland aufgrund der unterschiedlichen Demokratieerfahrungen festzustellen sind. Angesichts von Erfolgen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen sowie einer zunehmenden politischen Polarisierung in der Bevölkerung und Öffentlichkeit wurde der Frage nachgegangen, welche Möglichkeiten beispielsweise in Aufarbeitungsinstitutionen oder dem Bildungswesen bestehen, diesen aktuellen Herausforderungen zu begegnen.

Begrüßung von Dr. Anna Kaminsky

Die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung Dr. Anna Kaminsky betonte in ihrer Begrüßung, dass die doppelte Demokratieerfahrung die gesamtdeutsche Gesellschaft bis heute präge und dass gerade die jüngeren Entwicklungen und die damit verbundenen Herausforderungen zeigen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit sei. Jüngste Umfrageergebnisse, wie die der Demokratie-Studie des Allensbach-Instituts verdeutlichten, dass sich Teile der Bevölkerung auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution wieder einen autoritären Führer wünschen würden. Sie forderte daher, die Ereignisse der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit kritisch zu reflektieren. Der Mut der Menschen von damals müsse gewürdigt werden. Doch es sollten neben den Erfolgen auch die Fehler, die gemacht wurden, benannt werden, um zu analysieren, wieso es nach diesen hoffnungsvollen Aufbrüchen nach Freiheit und Demokratie von 1989/90 nun wieder eine Sehnsucht nach autoritären Strukturen gebe. Abschließend konstatierte Anna Kaminsky: „Was wir gemeinsam schaffen können, ist Diskussionsräume zu öffnen, Argumente zu schärfen und dafür zu sorgen, dass Mei-

nungsstreit als Ringen um den besten Kompromiss und um die bestmögliche Alternative geführt wird – ohne voreingenommene Stigmatisierung und Ausgrenzung.“

Einführungsvortrag: Zweierlei Demokratieverständnis? Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung

Der Zeithistoriker Professor Dr. Frank Bösch, Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, verwies in seinem Einführungsvortrag ebenfalls auf verschiedene Statistiken zu den Unterschieden im Demokratieverständnis in Ost- und Westdeutschland, die in der Öffentlichkeit und in den Medien immer wieder breit diskutiert werden. Aktuelle Umfrageergebnisse und Langzeitstudien würden beispielsweise feststellen, dass die Bewertung der Demokratie positiver in West- als in Ostdeutschland sei, die Akzeptanz einer Diktatur im Osten unter bestimmten Umständen höher und das gesellschaftliche Engagement in Parteien und Vereinen im Osten geringer sei. „Die Daten markieren eine klare Differenz zwischen Ost und West.“, erklärte Bösch.

Der Vortragende nahm diese verschiedenen Umfragen zum Ausgangspunkt, um im Allgemeinen auf die Problematiken mit diesen Statistiken aufmerksam zu machen und um im Speziellen zu fragen, ob das Demokratieverständnis in Ostdeutschland wirklich ein anderes ist. Er bot in seinem Vortrag daher ergänzende Lesarten dieser Statistiken an, ordnete die Daten historisch in die west- und ostdeutsche Zeitgeschichte ein und diskutierte die statistischen Kategorien, die in den Umfragen angewendet wurden, kritisch.

Er wies beispielsweise darauf hin, dass durch die „Logik der medialen Aufmerksamkeit“ vor allem die Daten im Vordergrund stünden, die spezifische ostdeutsche Demokratiedefizite aufzeigten. Hingegen ließen sich auch viele Ähnlichkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen, wenn andere Variablen in den Fokus rückten. So sei die Bereitschaft zum politischen Engagement jenseits der Parteienmitgliedschaft wie die Mitgliedschaft in Gewerkschaften ähnlich groß, auch das Interesse an Politik in der Bevölkerung sei aktuell ähnlich groß bzw. gering. Auch in der Bewertung der Demokratie als Staatsform und der demokratischen Organe wie dem Parlament finden sich relativ ähnliche Bewertungen.

Unterschiede zwischen Ost und West ließen sich in den Statistiken dagegen insbesondere in der Unterstützung der existierenden Form der Demokratie finden. Der Westen bewerte demnach die Praxis der Demokratie positiver als der Osten. Eine fortschreitende Spaltung zwischen Ost und West ließe sich nicht feststellen, denn in den langen Linien der Statistiken sei zu erkennen, dass es eine Tendenz der Annäherung gebe.

Frank Bösch plädierte zudem dafür, die Befunde der Statistiken historisch einzuordnen. Die Unterschiede zwischen Ost und West würden sich beispielsweise oft mehr durch historische Verhältnisse denn aus aktuellen Konstellationen erklären. So seien die Parteimitgliedszahlen in Westdeutschland

besonders hoch, da es im Westen in den 1970er Jahren einen überdurchschnittlichen Parteienzuwachs gab. Dieser historische Überhang an Parteimitgliedern würde in die heutige Interpretation der letzten 20 Jahre der Demokratieentwicklung einfließen, ohne problematisiert zu werden. Würden jedoch nur die aktuellen Zahlen der Neueintritte in Parteien betrachtet, finde sich kaum ein Unterschied mehr zwischen Ost- und Westdeutschland.

Bösch forderte außerdem, dass bei Ost-West-Vergleichen das Jahr 2000 als Ausgangspunkt festgelegt werden sollte und nicht wie in den meisten Fällen das Jahr 1990. Das Jahr 1990 sei durch die fluide Transformationsphase ein absolutes Ausnahmejahr gewesen, das in den Interpretationskurven starke Schwankungen hervorrufen würde.

Des Weiteren ergänzte Bösch, dass Ostdeutschland bei der Bewertung der Demokratie nicht nur mit Westdeutschland verglichen werden sollte, sondern auch mit anderen postsozialistischen und westeuropäischen Ländern. So zeige beispielsweise ein Vergleich mit den USA, dass die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland höher als in Vereinigten Staaten sei. Auch die Unzufriedenheit mit der Demokratie sei in den westlichen Ländern Griechenland und Spanien größer als in Ostdeutschland. Im europäischen Vergleich ließe sich vor allem ein Nord-Süd-Gefälle in Bezug auf das Demokratieverständnis bzw. die Demokratiezufriedenheit feststellen, das vornehmlich mit der Erfahrung von Deklassierung und sozialem Abstieg zusammenhängen würde.

Hinsichtlich des unterschiedlichen Demokratieverständnisses zwischen Ost und West würde oftmals auf die Erfolge rechtspopulistischer und rechter Parteien in Ostdeutschland verwiesen, die als Ausdruck des diktatorischen Erbes und des Transformationsprozesses bewertet werden. Der Zuwachs an AfD-Wählern könne jedoch nicht allein aus den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland erklärt werden. So würden beispielsweise die Grenznähe, das Gefühl des Abgehängt-Seins und der Unterschied im Wahlverhalten zwischen Mann und Frau als weitere Faktoren zur Erklärung des Wahlerfolgs der AfD dienen, die oftmals nicht berücksichtigt würden.

Oft würde zudem dem Osten Deutschlands eine spezifische Form politischer Gewalt zugesprochen. Dabei hätte in Westdeutschland bereits früher eine Welle rechtsextremer Gewalt eingesetzt. 1980 gab es beispielsweise einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Hamburg sowie das Attentat auf das Münchner Oktoberfest, das als schwerster Terrorakt in der deutschen Nachkriegsgeschichte gelte, doch bis heute kaum im Fokus der Öffentlichkeit stehe.

In Westdeutschland wären zudem bereits seit den 1950er Jahren rechten Parteien in die Parlamente eingezogen. In die ostdeutschen Landtage hätten es die rechten Parteien 1998 geschafft. Bösch resümierte daher, „dass kein gerader Weg der DDR zur AfD führt.“ Die rechten Parteien hätten demnach nicht nur an das diktatorische Erbe der DDR, sondern auch an das Erbe der Bundesrepublik anschließen können. Gerade die Geschichtswissenschaft dürfe die sozialwissenschaftlichen Daten aus

den 1990er Jahren daher nicht einfach übernehmen, sondern müsse diese einordnen und kontextualisieren.

Zum Ende seines Vortrags forderte Bösch, kritischer mit den Kategorien der Statistiken umzugehen. „Solange wir weiter Menschen in Ost und West einteilen, markieren wir binäre Unterschiede und verfestigen sie“, erklärte Frank Bösch. Würde die Bevölkerung in Statistiken stärker in Nord und Süd eingeteilt, würden auch hier markantere Differenzen festgestellt und verfestigt werden. Daher müsse bei Statistiken stets hinterfragt werden, welche Kategorien gewählt wurden, welche Folgen die Kategorien als solche haben und wie trennscharf diese sind. Unterschiede bei der Bewertung der Demokratie zwischen Ost und West seien durchaus vorhanden, diese müssen jedoch differenziert werden. „Es lohnt sich Perspektiven zu wechseln, um die Macht von Perspektiven entsprechend zu dekonstruieren“, bilanzierte Bösch.

Podiumsgespräch: „Wir sind das Volk“ –Demokratieerfahrungen im vereinten Deutschland

Anschließend an den Eröffnungsvortrag diskutierten auf dem ersten Podium mit dem Titel „‘Wir sind das Volk‘ –Demokratieerfahrungen im vereinten Deutschland“ Dr. Peter Wurschi, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Christoph Bergner, ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Frank Richter, Bürgerrechtler und Theologe, Petra Köpping, Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, und Bodo Ramelow, Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, mit dem Moderator Marcus Kiesel, die politiksprecher.

Bodo Ramelow vertrat die Ansicht, dass eine differenzierte Betrachtungsweise auf die Befunde des Thüringenmonitors über die Einstellungen der Ostdeutschen zur Demokratie entscheidend sei. Er kritisierte, dass Thüringen in den Medien oftmals auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Neo-nazi-Konzerte wie in Themar reduziert würde. Das gemeinsame Gedenken vieler Thüringerinnen und Thüringer zur Reichspogromnacht am 9. November 2018 sei beispielsweise außerhalb Thüringens nicht zur Kenntnis genommen worden. „Dunkeldeutschland ist mir zu einfach. Wir müssen lernen, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind“, erklärte Ramelow. Die Gefühlslagen der Menschen müssten ernst genommen werden.

Auch Petra Köping forderte, den Menschen mehr zuzuhören. Nur wenige Ostdeutsche hätten von dem Wohlstand seit 1990 partizipieren können. Viele hätten herbe Enttäuschungen erleben müssen. Es gehe daher darum, die Lebensleistungen der Menschen anzuerkennen und eine Versöhnung anzustreben, um den Konflikt „Ihr da oben, wir da unten“ ein Stück weit zu heilen. Sie betonte außerdem, dass die Probleme in Ostdeutschland letztendlich nur ein Brennglas für ganz Deutschland seien. Gesellschaftliche Veränderungen wie beispielsweise die fortschreitende Digitalisierung oder die Altersarmut würden auch die Westdeutschen treffen. Für die Ostdeutschen bestehe die Chance neue Im-

pulse für die gesamtdeutsche Entwicklung setzen zu können, da sie bereits Erfahrungen in einer Umbruchgesellschaft sammeln konnten.

Christoph Bergner betonte, dass die Menschen zu lange ihr Leben in der DDR nicht hätten wertschätzen dürfen, nur weil sie sich für die Demokratie entschieden hätten. Er erläuterte zudem, dass der Mangel an Systemvertrauen für die Umfragewerte zum Demokratieverständnis in Ostdeutschland verantwortlich sei. Aufgrund einer kürzeren Verweildauer in der Demokratie hätte sich dieses Vertrauen bei den Ostdeutschen noch nicht etablieren können. Er erkenne darin auch einen Zusammenhang zur geringeren Organisation der Ostdeutschen im vorpolitischen Raum, was er als den größten Unterschied zwischen Ost und West sehe. Das Vertrauen in das demokratische System könne nicht alleine durch politische Bildung gestärkt werden, sondern vor allem durch ein gemeinschaftliches Engagement in Vereinen und demokratischen Organisationen. Durch das Bewegen in diesen am Gemeinwohl arbeitenden Strukturen könne dieses Vertrauen wachsen.

Frank Richter konstatierte, dass die politische Ordnung nie eine bessere war. Dies sei jedoch nicht gleichbedeutend mit einer guten Gesellschaft. Er verwies auf erkennbare Defizite im Bildungswesen und der historischen Bildungsarbeit in Sachsen. Beispielsweise habe sich in den 1990er Jahren eine entpolitisierte Schule etabliert, die bis heute im sächsischen Bildungswesen zu finden sei. Bis die Umsteuerungen greifen, die in den letzten Jahren getätigt wurden, könne es noch einige Zeit dauern.

Richter erinnerte auch an die immensen Verlusterfahrungen, die die ostdeutsche Gesellschaft seit 1945 durchleben musste. Dazu würde die Abwanderung großer Teile der Bevölkerung, die Preisgabe der Eigenstaatlichkeit sowie die Enttäuschungen und der Orientierungsverlust in der Transformationszeit zählen. So sei beispielsweise in den 1990er Jahren die Mehrheit der ostdeutschen Chefetagen von Westdeutschen besetzt worden – ein Zustand, der sich perpetuierte. Richter beklagte, dass die heutige Politik auf die Frage der verlorengegangenen Orientierung nach dem Untergang des Marxismus-Leninismus und des Neoliberalismus in der ostdeutschen Gesellschaft nicht reagieren würde. Stattdessen würden nationale und rechte Ideen eine neue Identität bieten.

Peter Wurschi ergänzte, dass die Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung erst lernen mussten, selbstverantwortlich in einer Demokratie zu agieren. War es in der DDR einfach, in Krisensituationen denen „da oben“ die Schuld zu geben, sei es in einer Demokratie erforderlich, sich eine eigene Haltung zu dem dazugehörigen Wertesystem zu erarbeiten. Es müsse daher darüber gesprochen werden, wie die Gesellschaft mit Menschen umgehen soll, die die Werte wie die universellen Menschenrechte ablehnen. Dies stehe mit der Frage nach der Gestaltung unserer Gesellschaft in Zusammenhang. Wurschi forderte daher, dass auch den Abgehängten eine Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess ermöglicht werden müsse. Die Leuchttürme, die in Ostdeutschland bereits geschaffen wurden und sich positiv entwickelt haben, müssten auch in der Peripherie ankommen.

Filmvorführung und Podiumsgespräch: Was wurde aus der SED?

Zum Abschluss des ersten Tages wurde die Dokumentation „Was wurde aus der SED?“ von Jan Lorenzen, die von Hoferichter & Jacobs für den MDR produziert wurde, vorgeführt. Der Dokumentarfilm geht der Frage nach, warum es die SED geschafft hat, die Friedliche Revolution zu überstehen und sich unter neuem Namen als PDS im bundesdeutschen Parteiensystem zu etablieren. Für den Film hat Jan Lorenzen mit verschiedenen Zeitzeugen gesprochen, um zu ergründen, warum die SED aufgrund ihrer Vergangenheit nach der Friedlichen Revolution nicht einfach verschwunden ist und wie viel der alten SED noch immer in der heutigen Nachfolgepartei steckt.

Im anschließenden Podiumsgespräch zwischen Dr. Andreas Apelt, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, Knut Korschewsky, Mitglied des Thüringer Landtags in der Fraktion Die Linke, Markus Meckel, Mitbegründer der SDP sowie Außenminister der letzten DDR-Regierung, und dem Moderator Helge Eikemann, die politiksprecher, wurden die Inhalte des Films zur Diskussion gestellt.

Andreas Apelt betonte, dass der Film zeigen würde, welchen Weg die SED zur PDS damals gegangen wäre. In der Übergangsphase wäre das Hauptziel der SED-Führung gewesen, parteieigenes Vermögen zu sichern. Sie hätte zudem relativ schnell die Schuld auf das Ministerium für Staatssicherheit lenken können. Auch Markus Meckel stimmte diesem zu und verwies auf die gute Kommunikationsstrategie der Partei, die vor allem von Gregor Gysi vorangetrieben wurde, wodurch dieser es geschafft hätte, die PDS als neue Partei darzustellen, in der faktisch noch die alten Parteimitglieder agiert hätten.

Währenddessen warf Knut Korschewsky, der selbst als Mitglied der SED-PDS die Entwicklung seiner Partei miterlebt hat, ein, dass es 1990 unter den Parteimitgliedern einen Willen zur Veränderung gegeben hätte. Auf die Frage warum es zu keiner Auflösung und Neugründung der Partei gekommen wäre, erklärte er, dass es wahrscheinlich keine neue sozialistische Partei gegeben hätte, wenn die SED sich aufgelöst hätte. Es wäre darum gegangen, dass zu erhalten, was erhaltenswert war und alles andere aus der Partei zu entfernen. Zudem wollte die SED-PDS nicht auf ihre Organisationsstrukturen verzichten, auf die sie zurückgreifen konnte. Markus Meckel und Andreas Apelt räumten daraufhin ein, dass es damals ein Fehler der Oppositionellen gewesen wäre, mit der SED im März 1990 in die Wahlen zu gehen. Es wäre sinnvoller gewesen, ein Verbot der Partei anzustreben.

Den Erfolg, den die PDS in Ostdeutschland erreichen konnte, erklärten sich die Podiumsteilnehmer vor allem dadurch, dass sich die PDS in der schwierigen Transformationszeit als Anwalt der Entrechteten, Entmachten und Abgehängten in Ostdeutschland etablieren konnte. Diese Position würde zumindest zu einem gewissen Grad nun die AfD übernehmen, da insbesondere die Protestwähler der Linken zur AfD überwechseln würden, so die Einschätzung von Andreas Apelt.

Die Angebote der Bundesstiftung Aufarbeitung 2019/2020

Der zweite Tag der Geschichtsmesse stand traditionell wieder im Zeichen der Projektpräsentationen, die einen breiten Austausch zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermöglichte. Zuvor stellten Dr. Robert Grünbaum, stellvertretender Geschäftsführer und Leiter des Arbeitsbereichs Politische Bildung, sowie Dr. Ulrich Mählert, Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit, die Angebote der Bundesstiftung Aufarbeitung für die Jahre 2019 bis 2021 vor, die ganz im Zeichen des 30. Jahrestages zur Friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung stehen sollen.

Insgesamt sollen bis 2021 verstärkt Projekte zur Geschichte von Friedlicher Revolution, deutscher Einheit und der folgenden Transformationszeit im vereinten Deutschland gefördert werden. So soll es beispielsweise bereits im Frühjahr 2019 ein Sonderförderprogramm geben, mit dem Veranstaltungen zu 30 Jahren Friedliche Revolution im gesamten Bundesgebiet unterstützt werden. Auch werde es erneut eine eigene Veranstaltungsreihe in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft e.V. und dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten geben, die sich diesem Themenkomplex widmen wird. Eine Themenseite mit dem Titel #RevolutionTransformation, auf der zahlreiche Informationen und Angebote zum Thema zusammengestellt werden, werde zudem auf der Stiftungshomepage zu finden sein. Zudem werde die Stiftung dieses Jahr zwei Plakat-Ausstellung mit den Titeln „Die Macht der Gefühle“ und „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“ anbieten, die von Bildungsinstitutionen und -einrichtungen gegen eine Schutzgebühr erworben werden können.

Parallele Projektpräsentationen und der „Markt der Möglichkeiten“

Daran anschließend wurden mehr als 48 Projekte parallel in jeweils fünf Panels am Vormittag und Nachmittag vorgestellt. Die Panels reichten von der „Demokratiebildung und historischen Aufarbeitung“ über „Geschichtsvermittlung an Jugendliche“ bis zu „Gedenkstätten – Lernen am historischen Ort“ oder der „Friedlichen Revolution und ihre Folgen“. Dabei wurden neue Ausstellungen, Filme, Publikationen, Online-Angebote, Veranstaltungen sowie Forschungs- und Bildungsprojekte für Universitäten und Schulen aus verschiedenen Institutionen, Vereinen und von Einzelpersonen präsentiert. Einen Workshop gab es zu dem Thema „Was hat das mit mir zu tun? – Demokratiebildung und Aufarbeitung in der Migrationsgesellschaft“. Außerdem konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ganztägig auf dem „Markt der Möglichkeiten“ über die unterschiedlichen Institutionen und deren Initiativen und Angebote, die sich mit Ursachen, Geschichte und Folgen der deutschen und europäischen Teilung auseinandersetzen, informieren.

Lesung und Gespräch: „Das Haus in Habana. Ein Rapport“

Zum Abschluss des zweiten Abends las der Schriftsteller und Publizist Marko Martin aus seinem kürzlich erschienenen Buch „Das Haus in Habana. Ein Rapport“. Im anschließenden Gespräch mit Dr. Sabine Kuder, Leiterin des Arbeitsbereichs Public History, ging es vor allem um seine Alltagserfahrungen in Kuba vor dem Hintergrund der fortdauernden kubanischen Parteidiktatur, die von Bespitzelungen und Repressionen geprägt waren und die er in seinem Buch verarbeitet hat. Seine Erfahrungen ständen im starken Gegensatz zur Präsentation Kubas durch die Regierung, die Kuba den Touristen gerne als lebensfrohes und unbeschwertes Land verkaufen würde. Auch seine eigenen Erfahrungen in der DDR, die er als 19-jähriger Kriegsdiensttotalverweigerer im Mai 1989 verlassen hat, erinnerte und reflektierte er in Bezug auf seine Erlebnisse in Kuba. Die Publikation von Marko Martin wurde für den Leipziger Buchpreis 2019 nominiert.

Podiumsgespräch: Das Ertragen der Differenz – Meinungsfreiheit, Multiperspektivität und Kontroversität in Bildungsarbeit und Öffentlichkeit

Am letzten Tag der Geschichtsmesse fanden zwei Podiumsgespräche statt. Unter dem Titel „Das Ertragen der Differenz – Meinungsfreiheit, Multiperspektivität und Kontroversität in Bildungsarbeit und Öffentlichkeit“ diskutierten auf dem ersten Podium Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Stiftung Ettersberg, Helmut Holter, Minister für Bildung, Jugend und Sport des Freistaats Thüringen, Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Universität Leipzig, Tina Uebel, Autorin und Journalistin, und Dr. Martina Weyrauch, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung. Moderiert wurde das Gespräch von Stefan Nölke vom MDR. Thema dieses Podiums war, wie es angesichts aktueller gesellschaftlicher Kontroversen, in denen die Meinungsfreiheit zum Kampfbegriff werde, um die Meinungsvielfalt in Deutschland stehe und bis zu welchen Grad Meinungsstreit ausgehalten werden müsse.

In seinem Impulsvortrag stellte Helmut Holter fest, dass vom rechten Rand oft der Vorwurf käme, dass es keine Meinungsfreiheit mehr gebe. Beispielsweise hieß es in der oft hitzig geführte Debatte um den Flüchtlingszustrom „Das wird man wohl noch sagen dürfen.“ Natürlich dürfe man das sagen, erklärte Holter. Die Frage sei aber, ob es möglich sei, dass andere diesem widersprechen und eine Auseinandersetzung darüber führen können. „Jeder hat das Recht auf eine kritische Meinung, aber jeder hat aber auch das Recht, dass dieser Meinung dann auch widersprochen wird“, sagte Holter. Dies sollte auch öffentlich möglich sein. Es ginge in einer Demokratie auch darum kritische Meinungen auszuhalten und in der Lage zu sein, dem etwas argumentativ entgegenzusetzen. Dieses demokratische Verständnis müsse auch in Schulen erlernt und erarbeitet werden. Er plädierte zudem zivilgesellschaftlichen Engagements dauerhaft zu unterstützen.

Martina Weyrauch ergänzte im anschließenden Podiumsgespräch, dass es noch nie so viel Meinungsfreiheit wie heute gegeben hätte. Der Unterschied zu früher bestünde darin, dass es heute die sozia-

len Medien und eine politische Kraft am rechten Rand gebe. Nun sei entscheidend, ob die Demokratie verteidigt werden könne. Das Bundesverfassungsgericht könne beispielsweise nicht jede Meinung verbieten, die unbequem sei. Sich in Auseinandersetzungen zu begeben, sei eine Chance für die Demokratie. Auch Weyrauch plädierte daher dafür, einen Meinungsaustausch zuzulassen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Aushandlungsprozesse müssten ausgehalten, aber auch gestaltet werden. Wichtig sei dabei eine Mischung aus Argumentation und Haltung. Als Leiterin einer staatlichen Institution, die sich auf den Auftrag ihrer Institution berufen kann, könne sie aber auch im Gespräch mit Rechten Grenzen ziehen und Regelungen aufstellen.

Tina Uebel wandte dagegen ein, dass nicht alles „tipptopp mit der Meinungsfreiheit“ sei. Es fände im gesellschaftlichen Diskurs eine generelle Hysterisierung und eine spezielle „hysterisierende Political Correctness“ statt. Wer sich unbequem äußere, dem drohe „schnell mal der soziale Tod“. Sie möchte sich nicht nach rechts einsortieren lassen, nur weil sie etwas sage, das nicht in die stromlinienförmige Diskussion passe. Dies sei jedoch ein Problem, also sage sie lieber etwas nicht. Dadurch entstehe eine eingeschränkte Meinungsfreiheit, die sie anprangert.

Auch Alfons Kenkmann berichtete von ähnlichen Erfahrungen und konstatierte, dass es eine hysterische Debatte gebe. „Es wird schon ein immenser Druck ausgeübt in eine bestimmte Richtung, wenn man für Meinungsvielfalt unverändert eintritt“, so Kenkmann. Nachdem er beispielsweise eine Solidaritätsbekundung für den Historiker Jörg Baberowski unterschrieben habe, hätten ihn studentische Gruppierungen vorgeworfen, dass er für den Rechtsruck an der Universität Leipzig mitverantwortlich sei. Manche Diskussionen, in denen auch missliebige Meinungen zu Wort kommen würden, wären in bestimmten Räumen wie der studentischen Öffentlichkeit schlicht nicht möglich, da es keine Debattefähigkeit gebe.

Jörg Ganzenmüller warf ein, dass er trotz sozialer Medien und einer starken rechten Bewegung nicht erkennen könne, dass sich die gelebte Meinungsfreiheit in Deutschland im Vergleich etwa mit den Sechziger- oder Siebzigerjahren entscheidend verändert hätte. Verändert hätte sich vielmehr der Diskurs im politischen Alltag. „Viele wollen ihre Meinung gerne äußern, ohne die Verantwortung dafür zu übernehmen.“, so Ganzenmüller. Jeder Diskurs habe zudem Grenzen des Sagbaren. Die lege nicht die Politik fest, sondern die Gesellschaft. In den letzten fünf bis zehn Jahren hätten sich diese Grenzen des Sagbaren bis zu einem gewissen Grad verschoben. Trotzdem dürfe auch in einem öffentlichen Diskurs nicht alles geäußert werden. Diskussionen in einer Demokratie müssen weiterhin auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Ganzenmüller sah außerdem eine Tendenz in öffentlichen Debatten, dass Meinungen nur noch etikettiert bzw. stigmatisiert würden, als dass diesen wirklich mit Argumenten begegnet würden. Es fände keine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Aussagen statt. Es brauche daher ein solides Hintergrundwissen, um gewisse Argumente untermauern zu können. „Man muss versuchen mit Ar-

gumenten, die anderen Meinungen zu widerlegen und versuchen, das Publikum zu überzeugen. Das ist doch letztendlich die Kunst der Demokratie“, findet auch Helmut Holter.

Um in diesen demokratischen Aushandlungsprozessen zu bestehen, brauche es eine starke historisch-politische Bildung. So bestehe beispielsweise die Möglichkeit mit Schülerinnen und Schülern Gedenkstätten zu besuchen. Ganzenmüller findet eine Auseinandersetzung mit KZ-Gedenkstätten wichtig. Eine Führung allein reiche aber nicht aus, stattdessen könnten nur längerfristige Projekte Prozesse des Nachdenkens bei Schülerinnen und Schülern auslösen. Helmut Holter findet, dass es keine Pflicht geben sollte, Gedenkstätten zu besuchen. Durch eine gute Vorbereitung in den Schulen, sollten die Schülerinnen und Schüler einen inneren Antrieb entwickeln dort hinzugehen. Alfons Kenkmann plädierte dafür, in Bildungsseminaren der Gedenkstätten eine zu schnelle politische Korrektheit nicht vor der Kommunikationsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu stellen. Da es dem Lernprozess abträglich wäre, jede Äußerung sofort zu verbessern. Ziel eines Seminars sollte es sein, ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein zu befördern.

Holter forderte, dass in der Kontroverse mit den Rechten die Lehrerinnen und Lehrer in Schulen Haltung zeigen müssen, ohne die Schülerinnen und Schüler zu indoktrinieren, um den Beutelsbacher Konsens zu wahren. Sowohl Holter als auch Alfons Kenkmann sprachen sich dafür aus, mehr Stunden im Lehrplan für die historisch-politische Bildung einzuräumen. Kenkmann forderte zudem, in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer die historisch-politische Bildung und die Wissenschaftlichkeit zu stärken. Ein verpflichtender Zusatzausbildungsstrang in historisch-politischer Bildung könnte die Lehrerinnen und Lehrer fit für den Umgang mit Demokratiefremdenäußerungen machen.

Podiumsgespräch: Demokratie unter Druck. Zur Situation 30 Jahre nach den friedlichen Umbrüchen in Europa

Im letzten Podiumsgespräch der Geschichtsmesse mit dem Titel „Demokratie unter Druck. Zur Situation 30 Jahre nach den friedlichen Umbrüchen in Europa“ ging es darum, die Perspektive zu weiten und Einblicke in die postsozialistischen Länder wie Georgien und die Ukraine zu erhalten. Dabei handelte es sich besonders um die Frage, welche Folgen die Transformationszeit in den Ländern Ostmittel- und Osteuropas sowie in Deutschland bis heute haben. Es diskutierten an diesem Tag Juri Durkot, Journalist und Publizist aus der Ukraine, Stephan Hilsberg, Bürgerrechtler und Publizist, Anna Margvelashvili, Gründerin der Nichtregierungsorganisation Soviet Past Research Laboratory in Georgien, und Dr. Franka Maubach, Friedrich-Schiller-Universität Jena. Moderiert wurde das Gespräch von Helge Eikermann vom Verein die politiksprecher.

Anna Margvelashvili berichtete zunächst über die Transformationszeit in Georgien, die im Unterschied zu Deutschland nicht friedlich ablief. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei das Land zum Erliegen gekommen – weder die Wirtschaft noch die Infrastruktur waren funktionsfähig. Anfang

der 1990er Jahre wäre die Umbruchszeit zudem von bewaffneten Konflikten begleitet worden. „Es ging einfach ums Überleben, es ging gar nicht um einen Demokratieaufbau.“, erklärte Margvelashvili. Das sei der Hauptunterschied zur Ausgangssituation in Deutschland. Die Diskussionen um Demokratie und Unabhängigkeit wären erst später gekommen. Auch wenn die Folgen dieser Transformationszeit bis heute anhalten würden, hätte Georgien eine große Entwicklung vollzogen, die vor allem durch den Einsatz der Zivilgesellschaft ermöglicht wurde.

Dies sei auch in der Aufarbeitung der Sowjetgeschichte in Georgien zu spüren. Da die Aufarbeitung auf staatlicher Ebene kein Thema sei, würde die Aufarbeitung nur von zivilgesellschaftlichen Initiativen wie das Soviet Past Research Laboratory, das 2010 gegründet wurde, getragen. Aufarbeitung sei seitdem auch gefestigter in der Zivilgesellschaft verankert, auch hier ließe sich eine Entwicklung erkennen.

Auch Juri Durkot berichtete über eine starke Zivilgesellschaft in der Ukraine, die sich in den letzten 30 Jahren entwickelt habe und die dazu beitrug, zwei Versuche eine Autokratie einzuführen, verhindern zu können. Im Vergleich zu anderen Ländern in Europa würde zudem in der Ukraine keine Erstarkung der Rechtspopulisten stattfinden. Die Demokratie in der Ukraine sei zwar sehr schwach. So gebe es beispielsweise ein großes Problem mit Korruption. Dennoch sei die Begeisterung für die Europäische Union ungebrochen. Vergleichbar mit Georgien sei auch die Entwicklung der Aufarbeitung in der Ukraine. Durch zivilgesellschaftliches Engagement könne die Schwäche der staatlichen Aufarbeitung ein Stück weit aufgefangen werden. Ein großes Problem der Ukraine sei jedoch, dass die Eliten in den 1990er Jahren nicht ausgewechselt wurden. So gäbe es keinen klaren Schnitt mit der Vergangenheit. Die Folgen seien in der Ukraine noch heute zu spüren.

Franka Maubach ging auf die Entwicklungen der letzten 30 Jahre in Deutschland ein. Oft werde eine deterministische Linie von der Friedlichen Revolution über eine Demokratieeuphorie hin zur Orientierungslosigkeit und Nationalismus gezogen, konstatierte sie. Maubach erinnerte daher an die Vorgeschichte, die oft nicht beachtet werde. Konjunkturen rechter Mobilisierung hätten bereits in den 1950er Jahren begonnen. Auch wenn die nationalistischen Parteien nicht in die Mitte vorgedrungen seien, sei es kein ganz neues Phänomen. Sie plädierte zudem dafür, die Jahre nach der Friedlichen Revolution mehr in den Blick zu nehmen, denn in dieser Zeit hätte viel rechte Gewalt in der Gesellschaft sowohl in Ost als auch in West geherrscht. Eine Analyse dieser Zeit könne helfen, die aktuellen gesellschaftlichen Diskurse und rechten Konjunkturen zu verstehen.

Stephan Hilsberg warf ein, dass sich in der Transformationszeit demokratische Institutionen in Ostdeutschland etablieren konnten. Für eine Demokratie bräuchte man aber nicht nur diese funktionierenden rechtsstaatlichen Institutionen, sondern es bedürfe auch einer Überzeugung des sogenannten Wertebildes und des Wissens, wie diese Demokratie funktioniere. Die Menschen hätten sich hinter diesen Institutionen in Ostdeutschland versteckt, um nicht begreifen zu müssen, wie die Demo-

kratie funktioniere. Das zeige sich auch noch heute: wenige Menschen in Ostdeutschland wären bereit, sich aktiv in die Zivilgesellschaft einzubringen. Ähnliches finde sich auch in Ländern Osteuropas, die ihre Demokratie leichtfertig aufs Spiel stellen würden.

Franka Maubach widersprach der These, dass die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland kranke. Es lohne sich zurückzublicken, wie viel zivilgesellschaftliches Engagement sich in den Jahren nach der Friedlichen Revolution in Ostdeutschland gebildet und etabliert habe. Die ostdeutsche Zivilgesellschaft sei zwar nicht so ausgeprägt wie die Westdeutsche, aber man sehe, dass die Werte für zivilgesellschaftliches Engagement in Ostdeutschland sukzessive steigen würden. Diese Strukturen gebe es schon seit Anfang der 1990er Jahre und müssen für einen differenzierten Blick auf Ostdeutschland berücksichtigt werden.

In Bezug auf das Erstarken nationaler Rhetorik und rechtspopulistischer Bewegungen berichtete Anna Margvelashvili, dass der Nationalismus in Georgien in letzter Zeit stärker geworden sei. Rechtspopulistische Parteien würden die Armen des Landes für ihre Zwecke ausnutzen. Margvelashvili warnte davor, dass dies zur Ausgrenzung von Minderheiten im multikulturellen Georgien führen könne. Dies würde dadurch verstärkt, dass es in Georgien kaum politisch-historische Bildungsarbeit gebe und es den Bürgerinnen und Bürger dadurch oft an kritischem und distanzierterem Denken fehle.

Stephan Hilsberg warf ein, dass es bei Fehlern und Problemen in der Politik die Neigung in der Gesellschaft gebe, auf alte Lösungen zurückzugreifen. Dies sei in Europa der Nationalismus. Eine europäische, friedliche Perspektive könne es aber nur auf Grundlage von Demokratie und Moderne geben. Dabei sollte die osteuropäische Perspektive nicht vernachlässigt werden.

Franka Maubach entgegnete, dass der Nationalismus von heute sich in einem sehr „aparten schein-korrekten demokratischen Gewand“ präsentiere. So kaperten rechte Parteien demokratische Traditionen. Dies könne erklären, warum rechte Parteien in die Mitte der Gesellschaft vordringen konnten. Vor allem die Perspektive derjenigen, die sich für diesen Nationalismus im neuen Gewand begeistern, müsse von der Politik nachvollzogen werden. Vieles deute darauf hin, dass der Nationalismus im demokratischen Gewand an die Demokratiesehsucht vieler Menschen anschließe bzw. diese aufgreife, schloss Maubach.

Bilanzierend lässt sich festhalten, dass unter den eingeladenen Rednerinnen und Rednern der Geschichtsmesse weitgehend Einigkeit darüber herrschte, schwierige oder unangenehme Themen nicht für tabu zu erklären. Stattdessen war der Leitsatz, einen Meinungsstreit zuzulassen, in der jede Person den Mut haben sollte, sich auch Kontroversen zu stellen und diese ausdiskutieren, wie auch Anna Kaminsky in ihrem Schlusswort feststellte. Dabei sollten Meinungen nicht nur bewertet werden, sondern eine inhaltliche Auseinandersetzung mit fundierten Argumenten auf Grundlage der

Menschenrechte stattfinden. Dafür sei eine gut funktionierende Zivilgesellschaft genauso entscheidend, wie eine gefestigte historisch-politische Bildungsarbeit.

In Bezug auf das Demokratieverständnis in Ost- und Westdeutschland lässt sich feststellen, dass Unterschiede zwischen Ost und West auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution immer noch existieren. Durch unreflektierte Umfrageergebnisse und einer Fokussierung auf die Unterschiede verfestigten sich diese jedoch. Deshalb sollte ein differenzierter Blick auf Ostdeutschland geboten sein und der Fokus mehr auf die Transformationszeit gerichtet werden, um aktuelle gesellschaftliche Diskurse besser verstehen zu können. An den Themenkomplex der unterschiedlichen Transformationserfahrungen möchte auch die Geschichtsmesse 2020 anknüpfen.